



G-20-Spanner . . .

www.salzburg.com/wizany

„Die Wirtschaftselite besiegt die Politik“

KARIN ZAUNER

Christian Felber ist Mitbegründer der globalisierungskritischen Vereinigung Attac. Im Zuge der Finanzkrise erfuhr diese international eine breite Form der Anerkennung. Vieles, wofür Attac früher belächelt wurde, geben heute überzeugt Mainstream-Ökonomen wieder. Die SN sprachen mit Felber über die G-20 und ihr bisheriges Unvermögen, eine weltweite Finanzarchitektur zu formen.

SN: Es gab auch dieses Wochenende keine Einigung auf eine weltweite Finanzmarktreform. Sind Sie enttäuscht?

Felber: Nein, ich hatte keine Erwartungen. Die G-20 wurden bewusst gegründet, um wenig zu regulieren. Man hat den Boden der Vereinten Nationen bewusst verlassen. Das wäre aber das legitime Forum dafür, weltweite Regeln für die Weltmärkte zu schaffen. Die Vereinten Nationen gibt es seit den 1940er -Jahren. Warum nehmen sich 20 Staaten das Recht heraus, Regeln zu schaffen, die 172 ausgeschlossene Länder dann übernehmen sollen? 1944 waren es schon 44 Länder. Und die haben sogar etwas umgesetzt. Im Vergleich zu Bretton Woods (Konferenz zur Neuordnung der weltweiten Wirtschaft, Anm.) sind die G-20 ein großer Rückschritt.

SN: Zwei Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise gibt es wenig vorzuweisen, was eine neuerliche Krise verhindern könnte. Wie kann der Knoten gelöst werden?

Felber: Die EU muss unabhängig von globalen Fortschritten die Finanzmärkte regulieren. Das erzeugt Druck innerhalb der Vereinten Nationen. Nur hat die EU leider kein Interesse an Regulierung.

SN: Doch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy haben in Kanada gesagt, nun auf EU-Ebene etwa eine Finanztransaktionssteuer auf die Beine stellen zu wollen. Würde das etwas bringen?

Felber: Auf jeden Fall. Sobald es eine Finanztransaktionssteuer-Zone gibt, wächst der Druck auf andere Wirtschaftsräume, nachzuziehen. Die EU sollte bis dahin den Kapitalverkehr nur in Ländern freihalten, die ihre Finanzmärkte genauso stark regulieren.

SN: Besteht in diesem Fall nicht eine große Gefahr für die europäischen Exportwirtschaft?

Gipfeltreffen. Die G-20 liefern nur dürre Ergebnisse. „Kein Wunder“, sagt dazu Attac-Mitbegründer Christian Felber.

Felber: Nein. Der Handel wird dadurch nicht beeinträchtigt. Wir schaden uns aber mit dem freien Kapitalverkehr, der hat uns finanziellen Giftmüll in dreistelliger Milliardenhöhe nach Europa gebracht. Wenn die EU finanziellen Giftmüll, sprich hochgefährliche Produkte, nicht mehr zulässt, dann dürfen diese quasi nicht mehr einreisen. Die USA würden sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie den Güterhandel mit Europa beschränken.

SN: Aber Sie glauben doch, die EU wird nichts tun.

Felber: Ja, mit einer Ausnahme. Die Finanztransaktionssteuer wird kommen. Nicht weil die EU regulieren will, sondern weil man sie für die Sanierung der Budgets braucht. Vor zwei Jahren habe ich noch nicht daran geglaubt, aber es wird hier in Europa bald eine Zone mit Finanztransaktionssteuer geben. Schlicht weil es keine Alternative als Budgetsanierungsinstrument gibt. Mit einer Finanztransaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen von einem Promille können EU-weit 270 Mrd. Euro im Jahr eingehoben werden. Das ist der doppelte EU-Haushalt. Sie gibt eine Möglichkeit, die Budgets ohne neue Schulden und ohne schmerzhaftes Sparen zu sanieren.

SN: Kann man angesichts der Ergebnisse in Toronto sagen, die Wirtschaft hat endgültig die Politik besiegt?

Felber: Vorerst ja. Die ökonomische Elite und die Finanzindustrie haben diese Zwischentappe gewonnen. Ich befürchte einen weiteren finanziellen Schock, weil die Regulierungsbemühungen auf keiner Ebene funktionieren. Die UNO wird boykottiert, die G-20



„Der nächste Finanzschock kommt gewiss.“

Christian Felber, Attac-Mitbegründer

sind mehr ein Theater als ein Regulierungsforum und Basel (Eigenkapitalvorschriften, Anm.) wird nicht genügen. Auch die schönen Überschriften aus der EU und aus den USA werden nicht reichen, eine neue Finanzkrise zu verhindern. Das Zwischenhoch zwischen dieser und der nächsten Rezession haben die Lobbyisten der Finanzindustrie für sich genutzt. Der nächste Finanzschock kommt gewiss, weil die Regulierung nicht kommt. Stattdessen

wird die Krise mit neuen Schulden gelöst, was tendenziell in den Staatsbankrott führt.

SN: In der Welt ist man uneins, ob man nun tüchtig sparen soll, wie die EU das will, oder weiter die Wirtschaft mit Schulden befeuern muss, dem die USA das Wort redet. Wer hat recht?

Felber: In der Analyse haben die USA recht. Von der Lösung her gibt es aber eine dritte Alternative. Das sind neue Steuern auf die Vermögenden. Dann muss man nicht sparen und bekommt trotzdem keine neuen Schulden. Neben der Finanztransaktionssteuer ist es wichtig, die Lücken bei der Zinsrichtlinie zu schließen (mit der Zinsrichtlinie soll die EU-weite Besteuerung der Kapitalerträge sichergestellt werden, Anm.). Sie müssten auf Österreich, auf natürliche Personen und alle Kapitaleinkommen ausgeweitet werden. Dann wären leistungslose Kapitaleinkommen gleich wie Arbeitseinkommen besteuert. Auch Fondsgewinne und Spekulationsgewinne wären dann endlich gleich hoch besteuert wie Löhne und Gehälter. Drittens bräuchte es noch eine Vermögensbesteuerung. In Österreich haben zehn Prozent der Bevölkerung mindestens 60 Prozent des Vermögens. Das sind 720 Mrd.

Euro. Wenn man das mit einem Prozent besteuert, hätte man daraus jährlich 7,2 Mrd. Euro Steuereinnahmen. Wenn diese zehn Prozent mit einem Prozent belegt werden, rutscht niemand in die Armut und niemand verlässt deswegen das Land.

SN: US-Präsident Obama hat nun seine Finanzmarktreform durchgebracht. Was halten Sie davon?

Felber: Die Überschriften klingen gut, aber es ist sehr stark verwässert worden. Es ist zu befürchten, dass es sich in den USA ähnlich wie in der EU abspielt. Dazu ein Beispiel. Die Hedgefondsregulierung in der EU klingt wunderbar. Nur wird nichts reguliert. Man wird nur zur Registrierung verpflichtet. In den USA heißt es nun, Banken sollen nie mehr mit Steuergeld gerettet werden dürfen. Die genauen Ausführungen dazu gehen aber ins Nichts. Besser wäre es, keine systemrelevanten Banken zuzulassen. Jede Bank soll in die Insolvenz gehen können müssen, und die Eigentümer sollen für den gesamten Schaden haften.

SN: Der bedeutende Ökonom des 20. Jahrhunderts, John Maynard Keynes, hat ein faires und egalitäres Weltwährungssystem statt der Dollarhegemonie gefordert. Was bräuchte das heute?

Felber: Es gäbe fixe Wechselkurse und kontrollierte Abwertung wäre möglich. Griechenland könnte in diesem System problemlos abwerten. Die Regierungen könnten nicht mehr nationale Egoismen pflegen. Alle hätten mehr davon.

SN: Aber für dieses System gibt es doch keine Chance.

Felber: Doch. Die USA werden ein Eigeninteresse entwickeln. Denn sie können nicht verhindern, dass erdölexportierende Länder auf den Euro umstellen, irgendwann schafft das ein Land. Dann ist es für die USA besser, ein egalitäres Weltwährungssystem zu haben, als dass der Euro die neue Öl-Währung wird. Denn dann würde der Dollar ins Bodenlose fallen und die USA könnten sich das Öl nicht mehr leisten. Auch Joseph Stiglitz als Vorsitzender des Expertengremiums zur Regulierung der Weltfinanzmärkte der Vereinten Nationen sagt, dass der wichtigste Vorschlag das Wiederaufgreifen und Umsetzen des Vorschlags von Keynes aus 1944 sei. Keynes Motiv war es schlussendlich auch, durch das Verhindern von Handelsungleichgewichten den Frieden zu bewahren.



G-20-Spaziergänger: Netter Ausflug samt Frischluft half bei Bewältigung der Probleme auch nicht wirklich.

Bild: SN/EPA